

Verteilungstendenzen im Kapitalismus

Nationale und globale Perspektiven

Jakob Kapeller, Bernhard Schütz

Ökonomie, Macht und Verteilung

Economics as a separate science is unrealistic, and misleading if taken as a guide in practice. It is one element – a very important element, it is true – in a study, the science of power. (Bertrand Russell, zitiert nach Rothschild 1971, 7)

Blickt man in die Geschichte des ökonomischen Denkens um die Rolle von Macht in der wirtschaftswissenschaftlichen Theoriebildung zu verstehen, offenbart sich eine auf den ersten Blick überraschende Dichotomie. So versucht eine ganze Reihe von Ansätzen im Bereich des ökonomischen Denkens – insbesondere im Bereich der klassischen Ökonomie – Machtfragen explizit zu thematisieren und als zentrale Variable ökonomischer Analyse miteinzubeziehen. Eine zweite Gruppe von Arbeiten hingegen bemüht sich um den Nachweis, dass Machtfragen gar keine eigens zu berücksichtigenden Faktoren wären, da das abstrakte Konzept „Macht“, soweit es überhaupt von Bedeutung ist, bereits vollständig in das ökonomische Denken integriert sei. Machtaspekte sind in diesem Ansatz vollständig ökonomischen Gesetzmäßigkeiten unterworfen – sie spielen daher keine Rolle bei der Erklärung ökonomischer Phänomene, sondern werden vielmehr vollständig durch ökonomische Gesetze höherer Ordnung erklärt.

Archetypisch für den erstgenannten Ansatz, der Macht als autonomen Faktor begriff, steht dabei John Stuart Mills grundlegende Unterscheidung zwischen der Sphäre der Produktion, die weitgehend naturgesetzlichen Kriterien unterliegt, und der Sphäre der Verteilung der Produkte, die gänzlich gesellschaftlichen Institutionen obliegt und damit sozialen Normen und Konventionen folgt. Soziale Machtverhältnisse und Verteilungsfragen werden hier also ganz explizit miteinander verknüpft.

The laws and conditions of the Production of wealth partake of the character of physical truths. [...] It is not so with the Distribution of wealth. That is a matter of human institution solely. The things once there, mankind, individually or collectively, can do with them as they like. (Mill 1848, II.1.1–2).

Dieses Aufgreifen von Machtfragen und deren explizite Verknüpfung mit Verteilungsaspekten ist dabei ein zentrales Charakteristikum des ersten Ansatzes zur Macht im ökonomischen Denken, das sich in dieser Form auch bei Ricardo, Marx oder Veblen finden lässt. Ricardo etwa legte nach Aufgabe seiner sehr erfolgreichen Tätigkeiten als Börsenspekulant den Großteil seines Vermögens in Grund und Boden an, da er davon ausging, dass die absolute Knappheit dieses Produktionsfaktors im Vergleich zu Arbeit und Kapital die Machtposition und Erträge von Großgrundbesitzern in Zukunft weiter steigern würde (Ricardo 1815). Für Marx, der die Mill'sche Zuordnung der Produktionssphäre zur Sphäre der Naturgesetze als ideologisch kritisiert, spielen Machtaspekte eine noch grundlegendere Rolle: Sie sind eben nicht nur als konstitutiv für kapitalistisches Wirtschaften anzusehen, sondern entscheiden auch über die weitere historische Entwicklung. Insofern

ist es keine Überraschung, dass eine ganze Reihe von Thesen in der Marxschen Ökonomie – wie etwa die Konzentrations-, die Verelendungs- oder die Unterkonsumtionsthese – wesentlich auf Verteilungs- und Machtfragen rekurrieren (März 1959). Auch Vilfredo Pareto (1955) oder Thorstein Veblen (1899), die Ökonomie als wesentlichen Bestandteil einer integrierten Sozialwissenschaft begriffen, entwickelten ihre ökonomischen Verteilungstheorien parallel zu Theorien über soziale Status- und Elitenbildung. Dieser zentrale Topos, der Verteilungs- und Machtfragen explizit miteinander verknüpft, wurde im 20. Jahrhundert eher in der soziologischen Forschung weiterverfolgt (Bourdieu 1982, 1983), denn in der ökonomischen Literatur.

Alternativ zu diesen klassischen ökonomischen Ansätzen steht die Idee, dass Machtverhältnisse letztlich immer nur von Wettbewerbsbedingungen abhängen und daher durch Wettbewerb zu regulieren und zu begrenzen sind. Daher ist auch eine Theorie des Wettbewerbs zugleich eine vollständige Theorie der Macht und die Frage, ob „Macht oder ökonomisches Gesetz“ (Böhm-Bawerk 1914) die sozioökonomische Entwicklung stärker beeinflusst, klar zu Gunsten der ökonomischen Gesetze zu beantworten. Diese prinzipielle Bedeutungslosigkeit von Macht als Erklärungsfaktor bleibt dabei auch in der modernen Mainstreamökonomie aufrecht (Rothschild 2002).¹

Der gemeinsame Nenner in der Darstellung Böhm-Bawerks und der modernen Mainstreamökonomie liegt dabei in einer Idealisierung des Wettbewerbs zu einem „Grenzfall“ (Schumpeter 1950, 141), in dem alle WettbewerbsteilnehmerInnen völlig machtlos zurückgelassen werden. Dies hat im Modell des allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichts die Folge, dass alle Preise „korrekt“ im Sinne von wohlfahrtsoptimal sind und daher jeder Produktionsfaktor und jedes Konsumgut genau jenen Preis erzielen kann, den es auch wert ist. Es folgt, dass sich in diesem idealen Grenzfall nicht nur die Macht, sondern auch die Verteilung als Residuum der Wettbewerbstheorie erklärt. Die aus dieser Perspektive resultierende Grenzprodukttheorie besagt dabei im Wesentlichen, dass – bei ausreichendem Wettbewerb – jeder Preis durch entsprechende Kosten gerechtfertigt sei und niemand die Möglichkeit hat, mehr Einkommen zu erzielen als es ihrer oder seiner Leistung entspricht.

Vor dem Hintergrund dieser immanenten Kopplung von Macht und Verteilungsfragen ist es nur wenig überraschend, dass die gemeinsame Diskussion dieser Themenkomplexe lange Zeit eine Domäne der heterodoxen Randbereiche der ökonomischen Disziplin oder gar der außerökonomischen Forschung war.² Erst durch einen Aufschwung der empirischen Verteilungsforschung mit Beginn der 2000er Jahre fand die, zunächst vorwiegend datengetriebene, Analyse von Verteilungsfragen wieder verstärkte Beachtung in der Ökonomie. Seit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und spätestens mit der Publikation von Pikettys kontroversiellem Bestseller *Capital in the 21st Century* (Piketty 2014) ging diese vorwiegend empirische Debatte, deren zentraler Befund eine steigende Ungleichheit der Einkommen und Vermögen ist, in eine theoretische Kontrolle über, in der die Frage von Verteilung und Macht in der Ökonomie von Neuem gestellt und diskutiert werden kann (z.B. Piketty 2015).

In diesem Kontext versucht der vorliegende Beitrag, Aussagen über systemimmanente Verteilungstendenzen im globalen Kapitalismus im 21. Jahrhunderts innerhalb der aktuellen ökonomischen Debatte zu identifizieren und deren Implikationen hinsichtlich mittel- und langfristiger Tendenzen grob zu skizzieren. Dabei werden zwei grundsätzliche Perspektiven ins Auge gefasst, nämlich zum einen die klassische ökonomische Perspektive eines geschlossenen Systems (z.B. Nationalstaats), die den Hintergrund der allermeisten

theoretischen Verteilungsdiskussion von Mill bis Piketty liefern. Zum anderen wird auch die theoretisch komplexere Frage nach Verteilungstendenzen in einer global vernetzten Wirtschaft adressiert und nach globalen Verteilungswirkungen unseres aktuellen Handelsregimes gefragt.

Verteilungstendenzen im Kapitalismus: Der Fall der Vermögenskonzentration

Die Revitalisierung der ökonomischen Diskussion zu Verteilungsfragen hat ihren wesentlichen Ausgangspunkt in den Fortschritten im Bereich der empirischen Verteilungsforschung, die insbesondere auf der Erschließung neuer Datenquellen und empirischer Analysemethoden beruht. Eine Quelle der diskursiven Attraktivität dieser Resultate ist dabei sicherlich der Umstand, dass diese Daten für den Großteil der westeuropäischen und angelsächsischen Länder einen kontinuierlichen Anstieg der Ungleichheit im Bereich der Vermögen und Einkommen für die letzten 30 Jahre ausweisen. Die Rückkehr von Verteilungsfragen ist also auch der politischen Brisanz der Resultate der jüngeren empirischen Verteilungsforschung geschuldet, die sich im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise als wesentliche Bezugspunkte erwiesen haben. Ein weiterer Aspekt der politischen Brisanz dieser Resultate bezieht sich hingegen auf die allgemeine Frage nach den systemimmanenten Verteilungstendenzen kapitalistischen Wirtschaftens. Während ein Blick in die Geschichte zeigt, dass verschiedene Varianten und Spielarten des Kapitalismus je nach institutioneller Ausstattung und kultureller Einbettung ganz unterschiedliche Verteilungsergebnisse und -tendenzen hervorbringen können (Bresser-Pereira 2014, Piketty 2014), verleihen die verteilungspolitischen Entwicklungen der letzten Dekaden einer grundsätzlichen Kapitalismuskritik zusehends neue Relevanz.

In diesem Kontext zeigt Abbildung 1 drei Zeitreihen für Europa und die USA, die in diesem Kontext besonders häufig thematisiert werden, nämlich (a) den Verlauf der Einkommensungleichheit, (b) die Entwicklung der Vermögenskonzentration (jeweils anhand des Anteils der obersten 10%) sowie (c) das Ausmaß des Vermögensbestands in Relation zum Nationaleinkommen. Gemein ist diesen Zeitreihen, dass sie internationale Trends zu mehr Ungleichheit besonders klar illustrieren, und dabei auch die transatlantischen Unterschiede in diesen Entwicklungen gut erfassen.

Die Diskussion von Verteilungsaspekten in der klassischen Ökonomie fokussierte dabei auf die Rolle von Vermögen und Kapital und damit auf Fragen der Vermögensverteilung (Abb. 1, Mitte) und der Kapitalakkumulation (Abb. 1, unten). Auch Pikettys zentrale und vieldiskutierte Ungleichheitsrelation – Kapitalertragsrate $r >$ Wirtschaftswachstum g – bezieht sich rein auf diese beiden Faktoren (siehe Piketty 2014, 2015) und hat für die zunehmende Spreizung der Einkommen nur eine eingeschränkte Bedeutung. Im Einklang mit diesem Fokus wollen wir uns auch im Folgenden auf Fragen der Vermögensverteilung beschränken.

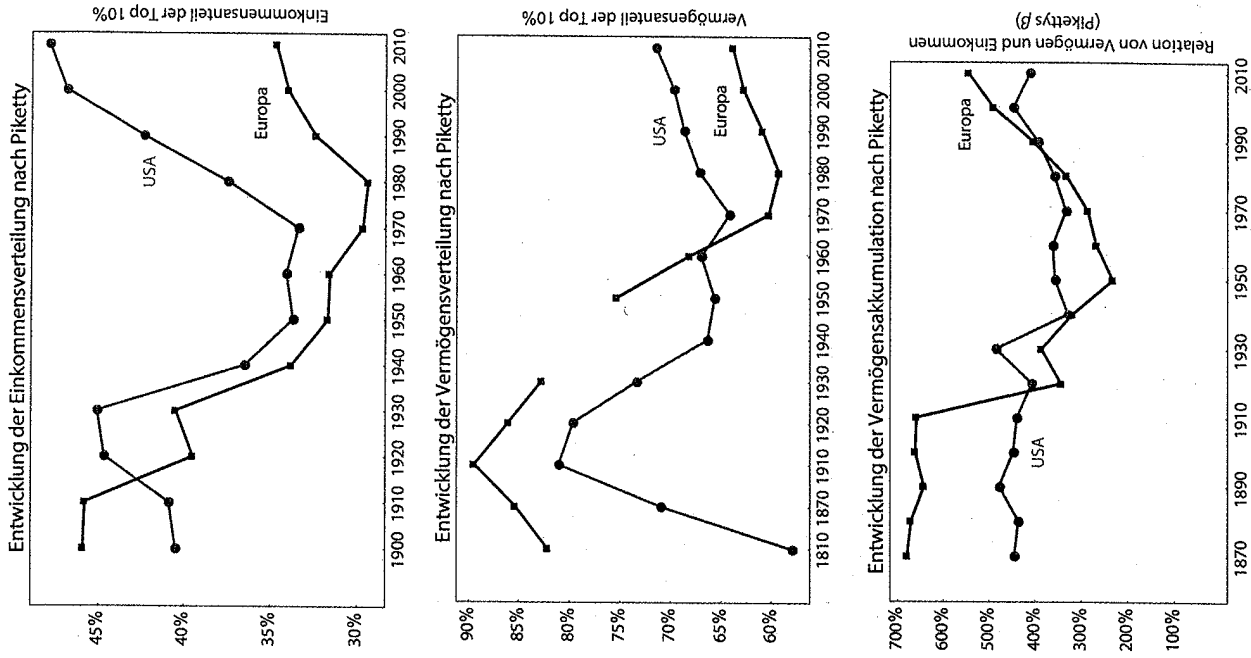


Abbildung 1: Verteilungs- und Akkumulationstendenzen in den USA und Europa (nach Piketty 2014 – Replikation der Abbildungen 9.8 und 10.6 sowie der Ergänzungsabbildung 5.0*)

Am Beginn jeder ökonomischen Diskussion der Verteilung von Vermögen steht die Erkenntnis, dass die Verteilung von Vermögen und Wohlstand innerhalb einer Gesellschaft einer räumlich und zeitlich relativ konstanten Struktur folgt, nach der sich einige wenige Mitglieder der Gesellschaft große Anteile am gesamten Vermögen einer Gesellschaft aneignen können, während die breite Masse kein nennenswertes Vermögen erwirtschaften kann. So liegt etwa der Vermögensanteil des reichsten Prozents in Europa und den USA, je nach Schätzung, zwischen 25 und 40% (Vermeulen 2014), während die ärmere Hälfte der Bevölkerung noch zu keinem Zeitpunkt der Geschichte ein quantitativ nennenswertes Vermögen besessen hat. Die vielzitierte „Mittelschicht“ ist daher statistisch zwischen dem Median und den reichsten 5% einer Gesellschaft anzusiedeln und als ökonomisches Phänomen ein in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstandenes Novum (Piketty 2014). Diese historisch relativ konstante Grundstruktur der Vermögensverteilung lässt sich dabei technisch gesprochen als eine Klasse von Potenzverteilungen modellieren (Newman 2006), wobei die von ÖkonomenInnen favorisierten „Pareto-Verteilungen“ eben- so in diese Klasse fallen.

Ein offensichtlicher theoretischer Grund für diese vergleichsweise stabile Grundstruktur der Vermögensverteilung ist dabei die Präsenz von selbstverstärkenden Effekten im Bereich der Vermögensbildung, da künftige Zuwächse mit der Größe von vergangenen Beständen zumeist positiv korrelieren. Es gilt daher für die Vermögensbildung das Mathäus-Prinzip („Wer hat dem wird gegeben“, siehe Merton 1968 oder Rigney 2010). Dieses grundsätzliche Verteilungsprinzip hat im Laufe der Geschichte immer wieder zu sozialen Verwerfungen geführt, die allerdings zumeist von der Kehrseite des Vermögens getrieben wurden – den Schulden. Schließlich hatte private Verschuldung historisch gesehen oft weit schlimmere Folgen als bloße Verarmung, da erstere oft nur durch Aufgabe der persönlichen Freiheit des Schuldners oder seiner Angehörigen getilgt werden konnte (Graeber 2012). Vor diesem theoretischen Hintergrund ergibt sich nicht nur ein plausibler Ausblick auf einige historische Eckpunkte zur Frage der Vermögensakkumulation, der hier vorgelegte Erklärungsvorschlag ist auch vereinbar mit potentiellen empirischen Abweichungen: So ist die relativ egalitäre Verteilungssituation in frühen Jäger und Sammler Gesellschaften im Wesentlichen auf den Umstand zurückzuführen, dass in diesen Gesellschaften keine signifikanten speicherbaren und vererbaren Vermögensbestände existieren und sich in Folge auch keine selbstverstärkenden Effekte ergeben. Weiters scheint es möglich, selbstverstärkende Effekte von bestehenden Vermögen institutionell zu beschränken um alternative Verteilungsdynamiken innerhalb des Kapitalismus zu ermöglichen. Dies gilt – so wir Piketty und seinen Daten in diesem Punkt folgen wollen – dabei vor allem für den sich etablierenden wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus des Nachkriegs-Europas (vgl. Abbildung 1). Der hier diskutierte zentrale Verteilungsmechanismus beruht also darauf, dass bei Vorliegen speicherbarer und vererbbarer Vermögensbestände selbstverstärkende Effekte auftreten, die eine zunehmende Vermögenskonzentration begünstigen. Im Detail nehmen diese selbstverstärkenden Effekte unterschiedliche Formen an: So können wohlhabende Haushalte höhere Sparquoten realisieren, ihr Kapital meist ertragreicher anlegen, aufgrund ihrer sozialen Stellung höhere Arbeitseinkommen lukrieren oder auch ihr Vermögen steuerschonend im Ausland anlegen. Im Kern dieses Verteilungsmechanismus steht allerdings die These, dass ein höherer Vermögensbestand zu höheren Kapitaleinkommen führt, die den weiteren Vermögensaufbau signifikant erleichtern. Dies ist sozusagen der zentrale selbstverstärkende Effekt der Vermögensakkumulation, der von den anderen genannten Faktoren in weiterer Folge flankiert wird.

Der Umstand, dass dieser zentrale Effekt der Vermögensakkumulation für die Generierung einer Konzentrationstendenz völlig ausreichend ist, lässt sich dabei auch in einem einfachen Modell illustrieren: Wir gehen dabei von gleichen Startpositionen und einer völligen Gleichwertigkeit des Talents und Einsatzes der wirtschaftlich relevanten AkteureInnen aus – soziale Unterschiede sind hier also rein auf Zufallsprozesse zurückzuführen. Das vorgeschlagene illustrative Modell folgt dabei dem Muster eines Investitionsspiels, in dem 5.000 AkteureInnen mit einem Startkapital von 10 Geldeinheiten teilnehmen. In jeder Runde muss dabei das vorhandene Kapital investiert werden, wobei der Investitionserfolg einer Zufallsfunktion folgt, dessen Ertragsstruktur normalverteilt ist und um den Mittelwert 1 schwankt. Lässt man eine derartige Simulation nun einige Runden laufen (in diesem Fall: 1000) ergibt sich eine stark konzentrierte Verteilungssituation, die in einem gewissen Kontrast zur völligen Gleichverteilung zu Beginn des Investitionsspiels steht (siehe Abb. 2).

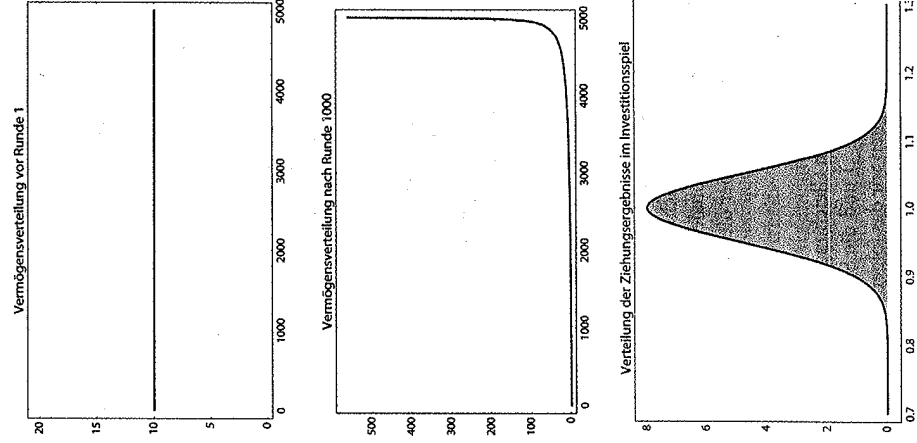


Abbildung 2: Ein Investitionsspiel (Eigene Darstellung)

Das vorliegende Modell zeigt zweiseitig: Einerseits lässt sich auf diese Weise illustrieren, wie das Vorhandensein speicherbarer und vererbbarer Assets als Grundvoraussetzung kapitalistischen Wirtschaftens auch dann zu einer Konzentrationstendenz führen kann, wenn wir historische Pfadabhängigkeiten vernachlässigen, also von einer Gleichverteilung von Anfangsausstattung und Ertragschancen ausgehen, und selbstverstärkende Aspekte abseits der reinen Vermögensbildung (soziale, politische und kulturelle Netzwerkeffekte) außer Acht lassen. Zugleich zeigt diese abstrakte Darstellung auch klar mögliche gesellschaftspolitische Alternativen auf, die entweder auf eine Abschaffung eines Privateigentums an Produktionsmitteln oder aber auf eine Abschwächung selbstverstärkender Prozesse durch Einrichtung entsprechender politischer Institutionen und Regularien, wie progressiver Besteuerung oder Tarifverträgen, abzielen können.

Derartige Modelle lassen sich dabei rasch um weitere Komponenten erweitern um auch andere selbstverstärkende Effekte abbilden zu können. So ließe sich etwa die Kapitalertragsrate im klassischen Akkumulationsmodell von Meade (1964), das auch die Rolle von Arbeitseinkommen und Konsum in den Blick nimmt, durch ein solches Investitionsspiel ersetzen. Das hieraus resultierende Basismodell erlaubt es dann, eine Reihe unterschiedlicher selbstverstärkender Effekte modellhaft darzustellen und so deren Wirkung auf den Akkumulationsprozess grob abzuschätzen.⁴

Auch der Einfluss von Piketys zentraler Ungleichheitsrelation $r > g$ ließe sich in einem solchen Modell einfach darstellen, da auch diese Relation letztlich einen selbstverstärkenden Effekt beschreibt, der – bei entsprechenden Annahmen über das jeweilige Sparverhalten – zu einer systematischen Umverteilung von Arbeits- zu Kapitaleinkommen führen kann. Dabei interpretiert Piketty $r > g$ eher als Mechanismus zur Steigerung der Vermögenskonzentration, denn als Faktor zur Bestimmung von Akkumulationstendenzen sowie der funktionalen Einkommensverteilung (dies ist vor allem in den der Publikation von *Capital in the 21st Century* und den folgenden Artikeln klar geworden; siehe z.B. Piketty 2014). Nichtsdestotrotz sind derartige Implikationen implizit im Beitrag Piketys (Piketty 2014) enthalten und erlauben damit auch theoretische Aussagen zu systemischen Verteilungstendenzen im Kapitalismus. Ein erster Ansatzpunkt für eine solche Betrachtung liegt in der Verbindung von $r > g$ mit Piketys „first law of capitalism“, demzufolge der Anteil der Kapitaleinkommen am (Netto-)Nationaleinkommen α dem Produkt aus Kapitalertragsrate r und der Relation zwischen Gesamtvermögen und Nationaleinkommen β entspricht.⁵

$$\alpha = r\beta \quad (1)$$

Lässt sich nun die Entwicklung von α mit der Relation zwischen r und g in Verbindung bringen? Um diese Frage zu beantworten ist eine nähere Betrachtung der folgenden Bedingung hilfreich, die einen vermuteten Trend in der funktionalen Einkommensverteilung zum Ausdruck bringt, nämlich dass die Gewinnquote über die Zeit ansteigt.

$$\alpha_{t+1} > \alpha_t \quad (2)$$

Analysieren wir diese Ungleichung unter Zuhilfenahme von Gleichung (1) sowie den Annahmen, dass die Kapitalertragsrate konstant ($r_t = r_{t+1}$) und die Sparleistungen aus Arbeitseinkommen vernachlässigbar sind ($s_w = 0$), erhalten wir das folgende Resultat.

$$s_\pi r > g_t \quad (3)^6$$

Diese Ungleichung bedeutet de facto, dass die Piketty'sche Ungleichheitsrelation $r > g$, dann zu einer Umverteilung von Arbeit zu Kapital führt, wenn die Sparneigung aus Kapitaleinkommen s_π mindestens so groß ist wie das Verhältnis von Wachstums- zu Kapitalertragsrate (g/r). Eine Berücksichtigung möglicher Sparleistungen aus Arbeitseinkommen ($s_w > 0$) würde diese Akkumulationsdynamik weiter verstärken.

Eine derartige Analyse ist nach Piketty nun zwar technisch möglich, entspricht aber nicht direkt seiner „favored interpretation of the evidence“ (Piketty 2015, 5), da Piketty für die Bestimmung langfristiger Entwicklung auf die zentrale Rolle seines „second law of capitalism“ verweist. Dieses besagt, dass sich die β -Werte einer Volkswirtschaft langfristig bei stabilen steady-state Werten (β^*) einpendeln, die das weitere Wachstum von α und β beschränken würden. Im Unterschied zu Piketys „first law“, das im Grunde nur eine Buchhaltungsidealität darstellt, folgt das „second law“ aus der langfristigen Gleichgewichtslösung eines ökonomischen Standardmodells (dem Harrod-Domar Modell). An dieser Stelle ist kritisch zu hinterfragen inwieweit der Bezug auf derartige steady-state Größen sachlich gerechtfertigt ist. Selbst wenn die starke Annahme, die Wirtschaft eines Landes würde auf einen solchen Zustand zusteuern, tatsächlich hält, würden mehrere Jahrzehnte vergehen, bis ein solcher Zustand erreicht werden würde. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob eine derartige starke Annahme empirisch und theoretisch überhaupt haltbar ist. So ergibt sich etwa der steady-state Wert von β (nach Piketys „second law“) als Relation aus Sparquote s und Wachstumsrate g :

$$\beta^* = s/g \quad (4)$$

Untersucht man etwa den Entwicklungspfad dieses gleichgewichtigen β^* nach dem (schon aus Gleichung (2) bekannten) Muster

$$\beta_{t+1} > \beta_t \quad (5)$$

so zeigt sich, dass die relevante Bedingung für ein konstantes Wachstum (!) des steady-state Werts von β dann gegeben ist, wenn die Gewinnquote steigt (also Gleichung [2] erfüllt ist) und zusätzlich auch die Bedingung

$$s_\pi > s_w \quad (6)$$

erfüllt ist, wobei s_w für die Sparneigung aus Arbeitseinkommen steht.⁷

In Worten bedeutet dies, dass die vermeintlich stabilen steady-state Werte von β ständig nach oben korrigiert werden müssen, da in jeder Periode, in der sich β dem Gleichgewichtswert annähert, auch dessen grundlegende Determinanten verändert werden (da die Sparneigung aus Kapitaleinkommen größer als jene aus Arbeitseinkommen ist, verändert sich die aggregierte Sparquote s aus Gleichung [4]). Diese Bedingung unterschiedlicher Sparneigungen aus Arbeits- und Kapitaleinkommen gilt gemeinhin als erfüllt und liefert daher ein weiteres Argument die Anwendung von steady-state Werten zur Einschätzung langfristiger Entwicklung nicht allzu dogmatisch zur Anwendung zu bringen.

Diese kurzen Ausführungen sollen illustrieren, dass gerade im Bereich der von Piketty artikulierten Themenkreise, die im Wesentlichen schon in der klassischen Ökonomie zentrale Kernfragen der ökonomischen Auseinandersetzung waren und im Lichte jüngerer historischer und innerwissenschaftlicher Entwicklungen nun neue Aufmerksamkeit er-

fahren, zahlreiche theoretische Ansätze verfügbar sind, die teils noch keiner ausreichend genauen Untersuchung und Anwendung unterzogen worden sind (siehe hierzu auch Bofinger u. a. 2015 oder Piketty und Zucman 2014).

Verteilungstendenzen in der Globalisierung

Während im letzten Abschnitt gezeigt wurde, wie die Ungleichheit bei Vermögen und Einkommen innerhalb der Nationalstaaten zugenommen hat, verlassen wir nun die Ebene der Nationalstaaten und betrachten stattdessen die Weltbevölkerung als eine geschlossene Gesellschaft um aktuelle globale Verteilungstendenzen zu diskutieren. Grundsätzlich gibt es drei verschiedene Konzepte zur Ermittlung globaler Verteilungstendenzen, wobei nur eines dieser Konzepte die Ungleichheit auf der nationalen Ebene tatsächlich mitberücksichtigt (vgl. Milanovic 2013). Die erste Möglichkeit besteht darin, einfach die Entwicklung der Durchschnittseinkommen in verschiedenen Ländern zu vergleichen. Studien die sich dieser Methode bedienen kommen zum Schluss, dass die globale Ungleichheit zunimmt (Divergenz): Volkswirtschaften in armen Ländern wachsen durchschnittlich langsamer als jene in reichen Ländern (vgl. Sala-i-Martin 2006, Barro und Sala-i-Martin 1992).

Aufgrund der dabei vorgefundenen Tendenzen auf tatsächliche Verteilungsentwicklungen zu schließen, wäre aber nicht angebracht, da in eine solche Rechnung alle nationalen Durchschnittseinkommen mit demselben Gewicht eingehen, unabhängig davon ob sie eine Bevölkerung von wenigen Millionen Menschen (wie etwa im Fall von Österreich) oder über einer Milliarde Menschen (wie im Fall Chinas oder Indiens) repräsentieren. Gewichtet man nun bei der zweiten Möglichkeit die nationalen Durchschnittseinkommen nach der Bevölkerungszahl, so kommt man zum gegenteiligen Ergebnis sinkender Ungleichheit (Konvergenz). Dies liegt vor allem daran, dass die bevölkerungsreichen asiatischen Länder in der Vergangenheit ein sehr starkes Wirtschaftswachstum verzeichnen konnten (vgl. Sala-i-Martin 2006, Schultz 1998).⁸

Diese Methode wiederum vermeidet zwar den ersten Fehler, übersieht aber einen anderen wichtigen Faktor, nämlich die ungleiche Verteilung innerhalb der betrachteten Länder, die sich hinter diesen Durchschnittswerten verbirgt. So würde etwa nach dieser Methode ein überdurchschnittlich starkes Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern jedenfalls auf fallende Einkommensungleichheit schließen lassen. Wenn das entsprechende Wachstum der Einkommen aber ausschließlich den reichen Eliten in diesen Ländern zu Gute kommen würde, deren Einkommen auch schon vorher vergleichbar mit jenem in entwickelten Ländern war, so würden wir in diesem Fall wohl nicht von zurückgehender globaler Ungleichheit sprechen. Wollen wir also etwas über globale Verteilungstendenzen aussagen, so müssen wir auch innerstaatliche Verteilungstendenzen mitberücksichtigen. Für diese dritte Methode benötigt es allerdings nationale (Umfrage-)Daten, mit deren Hilfe die Verteilungslage der Weltbevölkerung geordnet dargestellt werden kann. Anand und Segal (2008) kommen bei ihrer Analyse der bis dahin durchgeführten Studien⁹ zum Schluss, dass aufgrund der statistischen Unsicherheiten, die mit den Methoden und Daten einhergehen, sowie den sich teilweise widersprechenden Ergebnissen, keine eindeutige Antwort bezüglich steigender oder fallender globaler Ungleichheit möglich ist.

Ein Blick auf die jüngsten Ergebnisse von Milanovic (2013) zeigt jedoch gut auf, mit welchen groben Entwicklungstendenzen wir es in den letzten Jahrzehnten eines globalisierten Finanzkapitalismus zu tun hatten. Demnach gab es zwei Gruppen, deren Einkom-

men in den letzten Jahrzehnten nennenswert gewachsen sind (siehe Abbildung 3): Zuallererst wiederholt sich hier jene Beobachtung, die auch schon für die Ebene der Nationalstaaten charakteristisch ist, nämlich ein starkes Anwachsen der Einkommen des reichsten Perzentils (Einkommenswachstum > 60%). Darüber hinaus, und im Gegensatz zu innerstaatlichen Entwicklungen, gab es auf globaler Ebene aber auch ein starkes Einkommenswachstum rund um den Median, die „globale Mittelschicht“ hat also – zumindest in relativen Zahlen – deutlich hinzugewonnen. Verantwortlich hierfür ist vor allem das starke Wachstum in den großen asiatischen Ländern (China, Indien, Indonesien), aus welchen die Mehrheit der hier anzutreffenden Menschen stammt. Zu den relativen Verlierern zählt zum einen die Gruppe der „gehobenen globalen Mittelschicht“ (ca. 75.–90. Perzentil), deren reale Einkommen in dieser Phase mehr oder weniger stagnierten. Zu dieser Gruppe gehören vor allem Menschen aus den ehemaligen kommunistischen Staaten, Lateinamerika sowie weite Teile der Bevölkerung in Westeuropa und Nordamerika, deren Einkommen weitgehend stagnierten. Die zweite Gruppe der Verlierer bilden die Gruppe der untersten 5% der Weltbevölkerung (vor allem Einwohner afrikanischer Staaten), deren Einkommen ebenfalls stagniert sind.

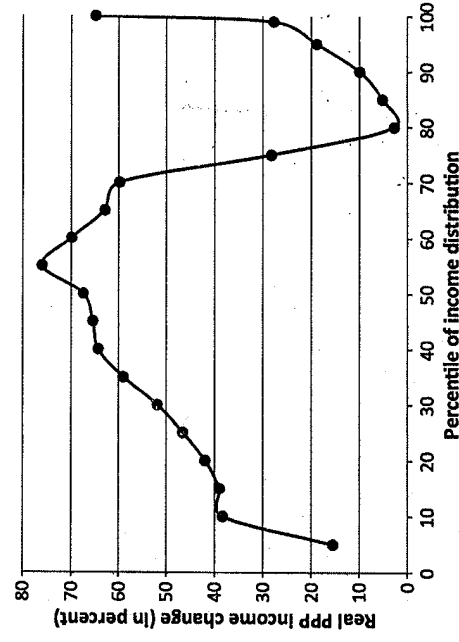


Abbildung 3: Globales Einkommenswachstum nach Perzentilen von 1988–2008 (Quelle: Milanovic 2013, 202)

Trotz der signifikanten relativen Zugewinne rund um das globale Medianeinkommen sind die obersten 1 Prozent (und in geringerem Ausmaß die obersten 5 Prozent) der EinkommensbezieherInnen als die wesentlichsten Gewinner des globalisierten finanzkapitalistischen Regimes der vergangenen 20 Jahre Globalisierung anzusehen: Der Grund dafür sind die hohen *absoluten* Zugewinne dieser Gruppe, die für das oberste Prozent mehr als ein Viertel und für die oberen 5% mehr als die Hälfte der gesamten Einkommenszuwächse der betrachteten Periode (1988–2008) ausmachen. Dadurch hat sich der Abstand der globalen ökonomischen Elite zum Rest der Weltbevölkerung weiter vergrößert (Milanovic 2013).

Obwohl die hier diskutierte Entwicklung globaler Einkommensunterschiede durchaus eklatant ist, spielt diese praktisch keine Rolle im Diskurs des ökonomischen Main-

streams. Grund hierfür ist die herrschende Lehre, welche aufgrund ihrer ricardianischen Prägung vor allem die Vorzüge der Globalisierung und des damit einhergehenden freien internationalen Verkehrs von Waren und Finanzkapital aufzeigt und mögliche negative Konsequenzen oftmals negiert oder gar bestreitet.¹⁰ In der standardökonomischen Lesart dominiert das Prinzip des komparativen Vorteils, nach dem freier Handel zu größtmöglicher Effizienz führt, weil sich in einem solchen Regime jedes Land auf jene Güter und Dienstleistungen spezialisieren kann, bei denen es – relativ betrachtet – am effizientesten ist. Ergänzt man diesen Rahmen um die Annahme identischer Produktionstechnologien, so würde dies – im Gegensatz zur empirischen Entwicklung – langfristig zu einer internationalen Angleichung der Einkommen führen (im Hintergrund steht das sogenannte Faktorausgleichstheorem, siehe z.B. Van den Berg 2012, Kapitel 3). Darüber hinaus wird das Vorhandensein bzw. die Qualität von folgenden Institutionen als maßgeblich für eine positive Entwicklung im internationalen Kontext angesehen: Demokratie, Sicherung des Privateigentums, ein ausgebauter Finanzmarkt, Bildung, die Abschaffung von Handelsbarrieren und eine niedrige Staatsquote (vgl. Barro und Sala-i-Martin 2004).

Ein zentraler Grund für diese positive Sicht der Globalisierung besteht nun darin, dass ein bedeutender Faktor ausgeblendet wird, nämlich die bereits eingangs thematisierte Macht: Wenn Produktion jederzeit dorthin ausgelagert werden kann, wo Löhne und soziale Standards gerade am niedrigsten sind, so verschafft dies Konzernen zusätzliche Handlungsspielräume in signifikantem Ausmaß (Rothschild 2005). Die Auswirkungen hiervon sind klar sichtbar: stagnierende Reallohne, wachsende Arbeitslosigkeit und eine Erosion von Arbeitsrecht und Arbeitsbedingungen in den westlichen Industrieländern¹¹, sowie zunehmende Ausbeutung in den weniger entwickelten Ländern (schließlich sind auch vermeintliche „Billiglohnländer“ nicht davor gefeit, international unterboten zu werden). Der freie Finanzverkehr verschafft der globalen Elite dabei zusätzliche Handlungsspielräume: So ist die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Staaten oftmals durch die Investitionstätigkeit ausländischer Konzerne bestimmt, wodurch ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen Politik und Konzernmacht entsteht, das Bemühungen um Sicherung und Ausbau der demokratischer Souveränität zuwiderläuft. Zugleich bedeutet der Besitz der Produktionsmittel in ausländischer Hand, dass Gewinne ins Ausland wandern und damit das tatsächliche nationale Einkommen (unter Umständen sehr deutlich) unter dem Bruttoinlandsprodukt liegt. Im Zuge der Globalisierung akquirieren internationale Großkonzerne dabei nicht nur Kapitalgüter, sondern auch Ackerflächen, Rohstoffvorkommen, technische Patente und die Nutzungsrechte von Pflanzen und tragen so zu einer umfassenden Privatisierung und Kommodifizierung von Gemeingütern bei – eine Entwicklung, die unter den Stichworten von „Landnahme“ und „Kommodifizierung“ vor allem in Soziologie (z.B. Aulenbacher u. a. 2015) und Politikwissenschaft (z.B. Harvey 2005) kritisch diskutiert wird. Somit finden sich ganze Gesellschaften zunehmend nicht mehr in der Lage, über ihre Ressourcen selbst zu bestimmen. Darüber hinaus führt gerade der freie Kapitalverkehr zu spekulativen Finanzbewegungen, die zur Destabilisierung nationaler Währungen und Finanzsektoren beitragen.

Besonders offensichtlich sind die blinden Flecken der herrschenden Lehre vor dem Hintergrund einer historischen Analyse der Entwicklung führender Industrienationen (Chang 2007) oder erfolgreicher Technologien (Mazzucato 2014): Chang (2007) zeigt sehr ausführlich, wie die heute als entwickelt geltenden Staaten im Laufe der Geschichte immer wieder zwischen den Lagern der Befürworter und der Gegner freien Handels hin und her wechselten. Ein wiederkehrendes Muster ist dabei, dass die zum jeweiligen

Zeitpunkt weniger entwickelten Staaten ihre im Entstehungsprozess befindlichen Industrien gezielt staatlich gefördert bzw. durch Zölle geschützt haben, während die jeweiligen technologieführenden Länder oftmals freie Handelsbeziehungen propagierten. Letztere schreckten allerdings nicht pauschal vor protektionistischen Maßnahmen zurück, sondern griffen ebenfalls auf diese zurück, wenn der einstige Technologievorsprung verloren gegangen war oder man neue Industrien aufbauen musste. Das bekannteste Beispiel hierfür sind sicherlich die Vereinigten Staaten, welche noch in ihrer Zeit als britische Kolonie gegen massiven britischen Widerstand versuchten, ihre im Entstehen begriffene verarbeitende Industrie vor britischer Konkurrenz zu schützen, und welche sich dann, nach der erlangten Unabhängigkeit, einem starkem Protektionismus verschrieben. Der Wandel der USA zu einem Verfechter freien Handels erfolgte erst mit der sich abzeichnenden Technologieführerschaft. Ähnliches gilt für Großbritannien, welches sich im 18. und 19. Jahrhundert für freien Handel einsetzte (und zur Durchsetzung dieser Idee, wie im Fall von Japan oder Indien, auch vor militärischen Mitteln nicht zurückschreckte), davor aber seine eigene Industrie vor der ursprünglich überlegenen Konkurrenz vom europäischen Festland abschirmte. Als sich wiederum gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Verlust der britischen Technologieführerschaft abzuzeichnen begann, schwor man der Idee des Freihandels schließlich Schritt für Schritt wieder ab (vgl. Chang 2007, 19ff).

Auch die im ökonomischen Mainstream vorherrschende Idee der unbedingten Notwendigkeit bestimmter Institutionen ist in diesem Kontext fragwürdig. So wurden auf dieser Grundlage Ländern, unabhängig von deren spezifischer Ausgangslage und Bedürfnissen, routinemäßig die gleichen politischen Reformkonzepte empfohlen bzw. aufgedrängt (vgl. Rodrik 2007). Auch in diesem Kontext zeigt die historische Analyse, dass viele dieser Ansichten schlichtweg zu kurz greifen. So zeigt sich etwa hinsichtlich der angeblichen Vorteilhaftigkeit einer niedrigen Staatsquote, dass in den heute als entwickelt geltenden Staaten dem Staat sehr oft eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung neuer Industrien zukam (vgl. Chang 2007) und somit eine Zurückdrängung des Staates den Verzicht auf ein historisch bewährtes Hilfsmittel bedeutet. Auch Mazzucato (2014) zeigt, dass technologischer Fortschritt – gerade im Bereich hochriskanter Innovationsversuche mit massiven Kapitalerfordernissen – in den westlichen Industrieländern oftmals vom Engagement eines „starken Staates“ abhängig ist, der sich bereit zeigt, umfassende Aktivitäten im Bereich der Grundlagenforschung als auch grundlegender Infrastrukturen zu finanzieren. Vor diesem Hintergrund wandelt sich die Mär vom „schlanken Staat“, der von Interventionen weitgehend absteht und sich ökonomischer Tätigkeiten gänzlich enthält um so die Produktivität und Innovationsfähigkeit des privaten Sektors voll auszuschöpfen, endgültig zum Märchen. Eben solches gilt auch für die unbedingte Priorität von Privateigentum gegenüber gesellschaftlichen Allgemeininteressen, etwa dann wenn der Besitz von entscheidenden Produktionsfaktoren wie Agrarfläche oder Rohstoffvorkommen sich nur auf eine kleine gesellschaftliche Elite beschränkt. Bei anderen Faktoren stellt sich wiederum die Frage, ob Länder sich deshalb so gut entwickelt haben, weil sie über bestimmte Institutionen verfügten, oder ob die Institutionen eher ein Resultat der wirtschaftlichen Entwicklung waren: Westliche Institutionen erreichten ihren heutigen Entwicklungsstand zumeist erst zu einem Zeitpunkt, als die wirtschaftliche Entwicklung bereits weit fortgeschritten war. Ähnliches lässt sich über heutige westliche Finanzmärkte sagen (vgl. Chang 2007).

Resümee

In diesem Beitrag wurden versucht, einen groben Überblick über nationale und globale Verteilungstendenzen zu geben und diesen Tendenzen zu Grunde liegenden Mechanismen grob zu diskutieren. Es zeigte sich, dass innerhalb der Nationalstaaten die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung beträchtlich zugenommen hat. Auch aus einer globalen Perspektive zeigt sich ein ähnliches Bild, da eine kleine ökonomische Elite hier den größten Teil der Einkommenszuwächse für sich beanspruchen konnte.

Gehen nun Kapitalismus und Ungleichheit zwangsweise miteinander einher? Die Antwort auf diese Frage bleibt dennoch ambivalent: So ermöglichen kapitalistische Dynamiken fortlaufende Akkumulationsprozesse, in denen immer größere Mengen an Kapital und Vermögen angehäuft werden. Zugleich besitzt dieses System von sich aus keinen Mechanismus, der für eine gerechte Verteilung dieser Reichtümer sorgt (vgl. Marx 1867, Keynes 1936) – ganz im Gegenteil, tendiert Kapital und Vermögen aufgrund selbstverstärkender Effekte zu einer immer stärkeren Konzentration (Piketty 2014). Die 50er und 60er Jahre des letzten Jahrhunderts haben aber gezeigt, dass es innerhalb nationalstaatlicher kapitalistischer Systeme zu einer Reduktion der Ungleichheit kommen kann, wenn von staatlicher Seite aktiv eingegriffen wird um diese Ungleichheiten zu reduzieren. Die institutionelle und politische Rahmung kapitalistischen Wirtschaftens ist also nicht bedeutungslos, sondern für dessen Verteilungswirkung von großer Wichtigkeit.

Eine relevante politische Maßnahme in diesem Kontext ist etwa die aktive Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und die Schaffung permanenter Vollbeschäftigung durch öffentliche Investitionen in gesellschaftlich sinnvolle Projekte und Arbeitszeitverkürzung. Dies sorgt für eine ausgewogenere Machtverteilung zwischen Arbeit und Kapital und damit dafür, dass sich ein Teil der Verteilungsfrage bereits ohne staatliche Umverteilungsmaßnahmen löst. Darüber hinaus benötigt es eine gezielte Steuerpolitik in Form von progressiven Einkommenssteuern und Sozialversicherungsbeiträgen, Erbschaftsteuern sowie klassischen Vermögenssteuern, um hier für einen darüber hinaus gehenden Ausgleich zu sorgen. Damit eine solche Politik möglich ist, gilt es vor allem die wachsende Intensivierung der Freihandelsbemühungen grundlegend zu hinterfragen: Vernünftige sozial- und wirtschaftspolitische Reformen sind leichter durchzusetzen, wenn nicht im Gegenzug die Abwanderung von Kapital und Arbeitsplätzen ins Ausland befürchtet werden muss (siehe bereits Keynes 1933). Außerdem zeigen zahlreiche historische Beispiele, wie es Volkswirtschaften gelungen ist, durch gezielte staatliche Förderung und Protektion junger Industrien zu den technologieführenden Ländern aufzuschließen oder diese sogar zu überholen. Ein wirtschafts-, verteilungs- und handelspolitisch aktiv eingreifender Staat ist somit die unerlässliche Voraussetzung dafür, um Kapitalismus und eine faire Verteilung von Einkommen und Vermögen miteinander vereinbar zu machen.

Literatur

- Anand, Sudhir/Segal, Paul (2008): What Do We Know about Global Income Inequality? In: *Journal of Economic Literature* 46 (1), 57–94.
- Aulenbacher, Brigitte/Bachinger, Almut/Decieux, Fabienne (2015): Gelebte Sorglosigkeit? In: *Kurswechsel* 1/2015, 6–14.
- Barro, Robert J./Sala-i-Martin, Xavier (1992): Convergence. In: *Journal of Political Economy* 100 (2), 223–521.
- Barro, Robert J./Sala-i-Martin, Xavier (2004): *Economic Growth*, London.
- Bofinger, Peter/Horn, Gustav A./Schmid, Kai D./van Treeck, Till (2015): Thomas Piketty und die Verteilungsfrage. URL: http://www.boeckler.de/pdf/piketty_verteilungsfrage.pdf (dl. 22.05.2015)
- Bourdieu, Pierre (1993 [1983]): *Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital*. In: Pierre Bourdieu: *Die verborgenen Mechanismen der Macht*, Hamburg, 49–80.
- Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt/M.
- Bourguignon, François/Morrisson, Christian (2002): Inequality among World Citizens: 1820–1992. In: *American Economic Review* 92 (4), 727–744.
- Böhm-Bawerk, Eugen von (1975/1914): *Macht oder ökonomisches Gesetz?*, Darmstadt.
- Bresser-Pereira, Luiz C. (2014): Inequality and the Phases of Capitalism. In: *Forum for Social Economics* 43 (3), 199–222.
- Chang, Ha-Joon (2007): *Kicking Away the Ladder: Development Strategy in Historical Perspective*, London.
- Dowrick, Steve/Akmal, Muhammad (2005): Contradictory Trends in Global Income Inequality: A Tale of Two Biases. In: *Review of Income and Wealth* 51 (2), 201–219.
- Gilens, Martin/Page, Benjamin I. (2014): Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens. In: *Perspectives on Politics* 12 (3), 564–581.
- Graeber, David (2012), *Debt: The first 5000 years*, London.
- Harvey, David (2005): *A brief history of neoliberalism*. Oxford.
- Keynes, John M. (1933): *National Self-Sufficiency*. In: *The Yale Review* 22 (4), 755–769.
- Keynes, John M. (1997 [1936]): *The General Theory of Employment, Interest, and Money*. Amherst.
- Kranzinger, Stefan (2015): *Eine Analyse des Prozesses der Vermögensakkumulation anhand des Konzeptes der Pfadtheorie*, Diplomarbeit an der Johannes Kepler Universität Linz.
- Krugman, Paul R./Obstfeld, Maurice (2006): *International Economics: Theory & Policy*. Boston.
- Mazzucato, Mariana (2014): *The Entrepreneurial State*. London.
- Marx, Karl (1957 [1867]): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Stuttgart.
- März, Eduard (1959): *Die Marxsche Wirtschaftslehre im Widerstreit der Meinungen*, Wien.
- Meade, James E. (1964): *Efficiency, Equality and the Ownership of Property*, London.
- Merton, Robert K. (1968): *The Matthew Effect in Science*. In: *Science* 159 (3810), 56–63.
- Milanovic, Branko (2002): *True World Income Distribution, 1888 and 1993: First Calculation Based on Household Surveys Alone*. In: *Economic Journal* 112 (476), 51–92.
- Milanovic, Branko (2005): *Worlds Apart: Measuring International and Global Inequality*, Princeton, Oxford.
- Milanovic, Branko (2013): *Global Income Inequality in Numbers: in History and Now*. In: *Global Policy* 4 (2), 198–208.
- Müll, John S. (1909 [1848]): *Principles of Political Economy with some of their Applications to Social Philosophy*, London.
- Newman, M.E.J. (2006): *Power laws, Pareto distributions and Zipf's law*. URL: <http://arxiv.org/abs/cond-mat/0412004> (dl. 10.12.2014).
- Pareto, Vilfredo (1955): *Allgemeine Soziologie*, Tübingen.
- Piketty, Thomas (2014): *Capital in the 21st Century*, Cambridge (MA).
- Piketty, Thomas (2015): *About "Capital in the 21st Century"*. In: *American Economic Review* 105 (5), 1–6.

- Piketty, Thomas/Zucman, Gabriel (2014): *Wealth and Inheritance in the Long Run*. URL: <http://piketty.pse.ens.fr/files/PikettyZucman2014HID.pdf> (dl. 07.07.2014).
- Ricardo, D. (2005[1815]): *Essay on the Influence of a Low Price of Corn on the Profits of Stock*. In: Piero Sraffa, Maurice H. Dobb(Hg): *The Works and Correspondence of David Ricardo*, Vol. 4, Pamphlets and Papers 1815–1823, Indianapolis, 1–42.
- Rigney, Daniel (2010): *The Matthew effect – How advantage begets further advantage*, New York.
- Rodrik, Dani (2007): *One Economics – Many Recipes*, Princeton.
- Rothschild, Kurt W. (1971): *Power in Economics*, Harmondsworth.
- Rothschild, Kurt W. (2002): *The absence of power in contemporary economic theory*. In: *Journal of Socio-Economics* 31: 433–442.
- Rothschild, Kurt W. (2005): *New Worlds – New Approaches*. A Note on Future Research Strategies. In: *Kyklos* 58(3), 439–447.
- Sala-i-Martin, Xavier (2006): *The World Distribution of Income: Falling Poverty and ... Convergence, Period*. In: *Quarterly Journal of Economics* 121(2), 351–397.
- Schumpeter, Joseph A. (1993[1950]): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Tübingen, Basel.
- Schultz, T. Paul (1998): *Inequality and the Distribution of Personal Income in the World: How It Is Changing and Why*. In: *Journal of Population Economics* 11, 307–344.
- Van den Berg, H. (2012): *International Economics: A Heterodox Approach*. Armonk, London: M.E. Sharpe.
- Veblen, Thorstein B. (1970[1899]): *The Theory of the Leisure Class*, London.
- Vermeulen, Philip (2014): *How Fat is the Tail of the Wealth Distribution?*, ECB Working Paper No. 1692.
- Die Zeit (2015): *Vier Menschen gegen drei Streifen*. URL: <http://www.zeit.de/2015/21/adidas-arbeitsbedingungen/komplettansicht> (dl. 01.06.2015).

Anmerkungen

- 1 Auch wenn die optimistische Vorstellung eines sich mittelfristig von selbst einstellenden „natürlichen Gleichgewichts“ heute weniger dominant ist als in Böhm-Bawerks akzentuierterem klassischen Beitrag.
- 2 Neben der schon erwähnten Soziologie sind hier auch die Anthropologie (etwa Graeber 2012) oder die Politikwissenschaft zu nennen (z.B. Gilens und Page 2014).
- 3 Siehe: <http://piketty.pse.ens.fr/files/capital21c/en/Piketty2014FiguresTablesSuppLinks.pdf>.
- 4 Siehe Kranzinger (2015) für eine solche Anwendung.
- 5 Pikettys „first law“ entspricht im Grunde einer einfachen buchhalterischen Identität. Ausgangspunkt ist die Summe der Kapitaleinkommen, die als Produkt aus der Kapitalertragsrate r und dem Kapitalstock K definiert ist (rK). Dividiert man diese Relation nun durch das Nationaleinkommen Y , so lässt sich der relative Anteil der Kapitaleinkommen α an den gesamten Einkommen als $r(K/Y)$ ausdrücken, wobei das Verhältnis von Kapitalstock zu Nationaleinkommen (K/Y) von Piketty als β bezeichnet wird. Hieraus folgt, dass $\alpha = r\beta$.
- 6 Da r als konstant angenommen wird, lässt sich Bedingung (2) vereinfacht als $\beta_{t+1} > \beta_t$ ausdrücken, wobei der Zuwachs in Y durch das Wirtschaftswachstum g und der Zuwachs in K durch den reinvestierten bzw. gesparten Kapitalertrag $s_t r$ gegeben ist.
- 7 Um diese Herleitung vornehmen zu können, ist es nötig, die Sparquote s relativ zu den verschiedenen Einkommensarten auszudrücken, d.h. als $s = \alpha s_r + (1 - \alpha) s_w$.
- 8 Während die zahlreichen armen Länder mit niedrigen Wachstumsraten (größtenteils afrikanische Staaten) ein dementsprechend niedrigeres Gewicht aufweisen als bei der vorherigen Methode (vgl. Sala-i-Martin 2006).
- 9 Siehe z.B. Milanovic (2002, 2005), Bourguignon und Morrison (2002), Sala-i-Martin (2006) und Dowrick und Akmal (2005).
- 10 Vergleiche hierzu etwa Krugman und Obstfeld (2006).
- 11 Siehe z.B. Die Zeit (2015) für ein aktuelles Beispiel der durch Konzernpolitiken forcierten Erosion arbeitsrechtlicher Grundlagen in Europa.

Vermögenskonzentration und Macht

Der blinde Fleck der Mainstream-Ökonomie

Miriam Rehm, Matthias Schnetzer

Die Verteilung der Vermögen ist ein blinder Fleck der Wirtschaftswissenschaft. Während zur Einkommensverteilung sowohl theoretische Überlegungen und Modelle der unterschiedlichen Denkschulen als auch empirische Daten über verhältnismäßig lange Zeiträume zur Verfügung stehen, wurde die Vermögensverteilung weitgehend links liegen gelassen. Die Vermögensverteilung steht aber in engem Zusammenhang mit Macht – hier verstanden als die Möglichkeit, politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Der Verteilung von Vermögen kommt daher eine zentrale Rolle im Funktionieren demokratischer Institutionen zu.

Wie Hofmann in diesem Band aufzeigt, steht dieses Desinteresse der Wirtschaftswissenschaft im Widerspruch zur erfahrenen Realität der meisten Menschen. Einstellungsfragen von Vermögenshebern legen dar, dass eine satte Mehrheit der Meinung ist, Reichtum verschafft ungerechtfertigte Vorteile, und zu großer Reichtum führt zu Spannungen in der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, warum die Ökonomie als Wissenschaft Fragen der Vermögensverteilung und der Macht nicht vorrangig behandelt, umso dringlicher.

Ein möglicher Grund liegt in der Datenverfügbarkeit. Ebenso wie Einkommen zu Beginn des 20. Jahrhunderts schlecht erfasst waren, und erst statistische Definitionen und administrative Maßnahmen entworfen werden mussten um Einkommen statistisch wie steuerlich zu erfassen, sind Vermögen zu Beginn des 21. Jahrhunderts für Statistikämter unzureichend eingegrenzt und für Steuerbehörden schwer greifbar. Wenn aber Dinge nicht konkret fassbar sind, ist es schwer über sie zu sprechen. Eine zweite mögliche Antwort bezieht sich auf politische Interessen. Gegeben die negative Einstellung der überwertigen Mehrheit der Menschen zu ungerechtfertigten Vorteilen durch Reichtum, ist zu erwarten, dass Reiche wenig erpicht sind, politische Einflussnahme öffentlich zu machen. Während der Zusammenhang von Vermögen und Macht von ethischen Mainstream-Ökonomen, darunter Thomas Piketty oder Joseph Stiglitz, inzwischen als eine zentrale Problemstellung anerkannt wird, argumentiert dieser Beitrag, dass diese Denkschule durch ihre Annahmen und Werkzeuge in der Analyse dieser Frage sehr eingeschränkt ist. Progressive Denkschulen wie der Marxismus aber auch die (Post-) Keynesiansche Ökonomie sind hier deutlich flexibler und vielversprechender.

Dieser Beitrag versucht einen ersten, kleinen Schritt in der Untersuchung von Vermögen und Macht zu machen, indem er einen genaueren Blick auf die Kanäle und Mechanismen wirft, wie die Vermögensverteilung mit Macht zusammenhängt. Nach einer kurzen Bestandsaufnahme der Vermögensverteilung und der Bedeutung von Erbschaften für die ungleiche Verteilung konzentriert sich dieser Beitrag daher auf den Zusammenhang zwischen Vermögen und gesellschaftlicher Macht. Wir stellen die beschränkte Sicht der Neoklassik dar und diskutieren dann drei mögliche Wirkungskanäle, über die Vermögen Einfluss nimmt.